



Pressemitteilung

An die Damen und Herren von
Presse, Rundfunk und Fernsehen

Mühlheim am Main, den 14.01.2016

Keine Zwangsansiedlung!

Der Geschäftsführer des HSGB plädiert in der aktuellen Diskussion des
Wohnsitzes von Flüchtlingen für eine einverständliche Lösung

„Integration gelingt nur mit den Flüchtlingen!“ Karl-Christian Schelzke, der Geschäftsführer des Hessischen Städte- und Gemeindebundes, äußert Zweifel an den Plänen der großen Koalition, Flüchtlingen zeitweise den Wohnsitz vorzuschreiben. "Es ist zwar Fakt, dass sich fast alle anerkannten Flüchtlinge und Asylbewerber in wenigen Städten und Ballungsräumen konzentrieren", so Schelzke. " Eine gesetzliche Residenzpflicht ohne wirk-
same Mechanismen zum Gesetzesvollzug hilft hier aber nicht wirklich wei-
ter. Eine Wohnsitzauflage hindere Menschen zudem an einer positiven
Identifikation mit ihrem Zufluchtsort. Und diese sei jedoch für die Integra-
tion unerlässlich.

Anreize wie eine vertragliche Vereinbarung zwischen Aufnahmekommune und Zuwanderern sei hier die bessere Lösung, da sie auf ein Einverständ-
nis abziele. Hessens ländliche Gebiete können Zuzug und Integration gut
bewältigen, wenn sie entsprechend unterstützt werden. Wenn Kommunen
in der Fläche vorbereitet sind und Anreize zur Ansiedlung der Zuwanderer
bieten können, kann es zu einer win-win-Situation kommen, so Schelzke.
Bei dem vom HSGB favorisierten Modell kommt den Kommunen eine akti-
ve Mitgestaltungsrolle zu. Sie können sich gezielt um geeignete Zuwande-
rer für ihr Gemeinwesen bemühen, so Schelzke abschließend.